V-57 Holen wir uns die Jugend zurück! Für ein neues grünes Aufstiegsversprechen

Antragsteller*in: Helena Sophie Elisabeth Schnettler (KV Görlitz)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

In den vergangenen Wahlen haben wir es als Bündnis 90/Die Grünen nicht mehr geschafft, glaubwürdig als Stimme der Jugend in der deutschen Politik aufzutreten. Viele junge Menschen haben sich deshalb von uns abgewandt und ihr Vertrauen an politische Ränder oder extremistische Parteien gegeben. Das müssen wir wieder ändern und Vertrauen zurückgewinnen! Nicht umsonst haben bei früheren Wahlen die Erstwähler*innen uns das größte Vertrauen geschenkt. Denn Bündnis 90/Die Grünen ist nicht nur die Partei der Generationengerechtigkeit; wir sind auch die Partei der Chancengerechtigkeit. Deshalb geben wir jungen Menschen unser grünes Aufstiegsversprechen: das Versprechen, dass sie unabhängig von Herkunft oder finanziellen Startbedingungen ihre Zukunft erfolgreich, sicher und selbstbestimmt gestalten können.

Mit dieser Vision machen wir uns auf in einen neuen Generationenvertrag, der jungen Menschen Sicherheit bietet, einen funktionierenden Staat garantiert und auf dessen Grundlage der langfristige Lohn für den Einsatz für unsere Gesellschaft wieder sichtbar wird.

Unsicherheiten und globale Herausforderungen, von Klimakrise über Pandemie bis Krieg, prägen das Aufwachsen der Gen Z. Zugleich zeigt diese Generation einen starken Willen zur Gestaltung und Veränderung. Überall in der Welt ergreifen junge Menschen Partei und sehen sich nicht nur als passive Zuschauer der aktuellen Weltlage, sondern wollen mitentscheiden. Die Weichen für eine lebenswerte Zukunft werden heute gestellt. Unser Anspruch als Partei ist es, aktiv mitzuwirken, diese Zukunft zu sichern. Wir sehen uns dabei als Partner, Stimmverstärker und Vehikel einer engagierten Jugend. Dort, wo sich junge Menschen politisch und gesellschaftlich engagieren, unterstützen wir sie. Wir bringen ihre Anliegen in die Parlamente und Regierungen hinein. Als Partei sind wir stolz auf die vielen jungen Menschen, die sich bei uns engagieren und mitbestimmen. Denn es ist entscheidend, dass nicht nur über, sondern auch mit jungen Menschen geredet wird.

Es geht darum, das Wohlstands- und Aufstiegsversprechen, dass es jeder Generation besser gehen wird als der vorherigen, zu erneuern. Dafür muss der Staat zum Möglich-Macher werden und darf jungen Menschen nicht im Weg stehen. Denn ohne ein unterstützendes Umfeld kann das Versprechen, dass jeder seines eigenen Glückes Schmied ist, heute nicht eingelöst werden. Noch immer hängt der Lebensweg junger Menschen in Deutschland viel zu stark vom Elternhaus ab. Chancen auf Bildung, Studium und Beruf sind ungleich verteilt. Besonders junge Menschen mit Migrationshintergrund und Kinder Geflüchteter brauchen besondere Unterstützung, um die gleichen Chancen wie alle anderen Kinder zu haben. Ein grünes Aufstiegsversprechen muss dieser Ungerechtigkeit entgegenwirken.

Vermögen ist in Deutschland sehr ungleich verteilt. Oft eröffnet erst das Glück, in eine wohlhabende Familie geboren zu sein, echte Zukunftschancen. Besonders junge Ostdeutsche haben es schwer, Vermögen aufzubauen. Im Osten ist es auch 35

Jahre nach der Wiedervereinigung nicht gelungen, Vermögen und Erbschaften an das Niveau der alten Bundesländern anzugleichen. Unser Anspruch ist es, unsere politische Arbeit darauf auszurichten, jungen Menschen Vermögensaufbau durch Leistung zu ermöglichen.

Ohne konsequenten Klimaschutz gibt es keine sichere Zukunft. Klimaschutz ist kein Luxus, sondern Voraussetzung für Freiheit und Sicherheit kommender Generationen, wie vom Bundesverfassungsgericht festgestellt: Eine zögerliche Klimapolitik bedroht die Freiheit aktueller und zukünftiger Generationen. Klimaschutz muss daher als Grundsatz jedes politischen Handelns verankert sein, damit junge Menschen auch morgen in Freiheit leben können. Gleichzeitig verstehen wir Generationengerechtigkeit umfassend: Es geht um ökologische Nachhaltigkeit ebenso wie um soziale Sicherheit und Teilhabe. Wer heute jung ist, braucht Perspektiven und auch die Gewissheit, im Alter abgesichert zu sein. Wir wollen soziale Sicherheit für die Zukunft: eine enkelfitte Rente und ein starkes soziales Netz für alle Generationen.

Nicht zuletzt bedeutet gesellschaftlicher Zusammenhalt auch Verantwortung zu übernehmen. Wir wollen das Miteinander der Generationen stärken, ohne Jung und Alt gegeneinander auszuspielen. Denn es geht nicht um ein Gegeneinander von Jung und Alt, sondern um Gerechtigkeit und Freiheit für alle. Mit einem neuen jungen Selbstbewusstsein wollen wir als Bündnisgrüne der Jugend eine glaubwürdige Stimme geben. Für ein gerechtes, freies und nachhaltiges Morgen.

Ohne Klima keine Kartoffeln

Klimapolitik ist im besten Sinne Politik generationengerechte Zukunftspolitik. Denn wir wissen, dass wir die Erde nur von unseren Kindern geborgt haben. Die Klimakrise ist die größte Bedrohung für die Zukunft. Wir Bündnisgrüne kämpfen daher dafür, dass Klimaschutz oberste Priorität in allen Bereichen hat. Klimaschutz heißt Generationengerechtigkeit: Wenn wir heute zu wenig tun, laden wir unzumutbare Lasten auf die kommenden Generationen ab. Auf einem kaputten Planeten lässt sich keine Zukunft aufbauen. Ein gesundes Klima ist Grundlage für Wohlstand. Dafür ist die Gen Z seit 2019 auf die Straßen gegangen; das hat das Bundesverfassungsgericht 2021 klar gemacht: Der Staat muss die Freiheitsrechte der jungen Menschen und der kommenden Generationen schützen, indem er jetzt fürs Klima handelt.

Gesetzesentwürfe und Investitionsprogramme müssen einem Klimacheck unterzogen werden. Keine Maßnahme darf auf Kosten der Lebensgrundlagen künftiger Generationen gehen.

Wir wissen, dass viele junge Menschen sich Sorgen um die Zukunft machen und sich nicht vorstellen können, wie das Leben in 30 Jahren aussehen wird, wenn wir die Klimakrise nicht ausreichend bekämpfen. Wir wissen auch um die Sorgen junger Menschen, die ihre Karriere beginnen und nicht wissen, ob es ihren Job in 40 Jahren noch geben wird. Diese Sorgen greifen Populist*innen auf und verstärken sie, um gerade junge Menschen zu radikalisieren und für ihre Sache zu gewinnen. Wir wollen mit einer mutigen Klimapolitik Hoffnung spenden, statt Ängste anzufeuern. Wir wollen Wege aufzeigen, wie wir mit kluger Klimapolitik keine Strukturbrüche erzeugen, sondern Chancen eröffnen und gute tariflich entlohnte Arbeitsplätze schaffen. Das hat eine Gesellschaft verdient, die vor allem in den ostdeutschen Bundesländern von Transfomationserfahrungen und Brüchen geprägt

ist. Gerade die junge Generation braucht vorausschauende Politik, die nicht nur bis ans Ende der Legislaturperiode denkt, sondern die Grundlage setzt, für den Wohlstand der nächsten Jahrzehnte. Dabei ist Klimapolitik in sich immer soziale Politik, denn die Klimakrise trifft die Ärmsten am meisten und verursacht hohe Kosten.

Wir wollen hierbei den Schulterschluss suchen mit all denen, die sich für eine lebenswerte Zukunft einsetzen, seien es die jungen Aktivist*innen, die Klimademos aufstellen oder junge Tüftler*innen, Forscher*innen und Gründer*innen, die an klimafreundlichen Technologien arbeiten und sie auf den Markt bringen.

Bildung öffnet Türen

Bildung ist der Schlüssel zu sozialem Aufstieg. In einem reichen Land wie Deutschland darf Bildungserfolg nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir setzen uns für eine Bildungspolitik ein, die Chancengerechtigkeit von der frühen Bildung über Schule bis Hochschule oder Ausbildung garantiert. Jede und jeder Jugendliche soll unabhängig von Herkunft und Einkommen den eigenen Weg gehen können. Dafür braucht es besser ausgestattete Schulen, besonders in strukturschwachen Regionen, wo Lehrkräfte, Schulsozialarbeit und moderne Lernräume fehlen.

Etwa 40 Prozent der Kinder in Deutschland haben einen Migrationshintergrund. Sie brauchen gezielte Unterstützung, vor allem beim Spracherwerb, und das von Anfang an. Frühkindliche Bildung ist entscheidend, um Chancen zu eröffnen. Gleichzeitig wollen wir Mehrsprachigkeit fördern, weil sie eine Stärke ist – für die Kinder selbst und für die internationale Vernetzung unseres Landes. Wer Deutsch und die Herkunftssprache sicher beherrscht, hat bessere Chancen im Leben und im Beruf.

Der Bildungsföderalismus in seiner jetzigen Form ist überfordert.. Bis 2030 wollen wir ein gemeinsames Zentralabitur einführen. Aufgaben, die auf Länderebene nicht sinnvoll gelöst werden, müssen an den Bund übergehen. Dafür braucht es endlich wieder einen echten Bildungsgipfel zwischen Bund und Ländern. Bildung ist Chefsache! Gleichzeitig vertrauen wir den Fachkräften vor Ort. Schulleitungen und Lehrkräfte brauchen mehr Freiheiten bei Stundenplänen, Prüfungsformaten und Unterrichtskonzepten. Lehrpläne müssen gestrafft werden, um Raum für Vertiefung, Exkursionen und eigenständiges Lernen zu schaffen. Über Regelungen wie Handyverbote sollen Schulen selbst entscheiden. Grüne Bildungspolitik heißt, Schulentwicklung evidenzbasiert zu gestalten. Erkenntnisse aus der Bildungsforschung müssen endlich in der Praxis ankommen – etwa längere Lernzeiten statt 45-Minuten-Taktung, mehr fächerübergreifendes Lernen und Förderung der Selbstorganisation.

Heute ist Bildung immer noch zu stark vom Elternhaus abhängig. Viele Studierende und Azubis können sich ohne familiäre Unterstützung eine Ausbildung oder Studium nicht leisten. Zu geringe Ausbildungsvergütungen und lange Wartezeiten beim BAföG zwingen viele, zu Hause zu bleiben. Das schränkt Freiheit und Aufstiegschancen massiv ein.

Wir fordern ein reformiertes, vollständig digitalisiertes und unbürokratisches BAföG. Anträge müssen einfacher werden sowie einer automatischen vorläufigen Auszahlung zum Semesterstart. Studierende sollen bis Studienende in der

Familienversicherung bleiben, wobei die Grenzen für eigenes Einkommen angehoben werden müssen. BAföG-Leistungen müssen elternunabhängiger, realitätsnah und an ortsübliche Vergleichsmieten angepasst werden.

Berufliche Ausbildung und Studium sind gleichwertig und müssen auch so behandelt werden. Jede und jeder soll Zugang zu einem Ausbildungsplatz mit Perspektive haben. Deshalb fordern wir eine bundesweite Ausbildungsgarantie, gegebenenfalls finanziert über eine Umlage. Berufsschulen müssen besser ausgestattet und Ausbildungspläne regelmäßig modernisiert werden. Auszubildende verdienen faire Vergütung, schulgeldfreie Ausbildung und gute Bedingungen. Dafür wollen wir Azubiwohnheime und Auszubildendenwerke nach dem Vorbild der Studierendenwerke stärken sowie gute ÖPNV-Verbindungen und Unterstützung beim Führerschein sicherstellen.

Ein elftes Pflichtschuljahr soll Jugendlichen ohne Abschluss oder Ausbildungsplatz den Einstieg in Ausbildung erleichtern. Die Verantwortung liegt beim Staat, ausreichend Plätze bereitzustellen. Schulgeldfreiheit ist eine Frage der Gerechtigkeit. Kein Azubi darf für eine Ausbildung zahlen müssen, während ein Studium kostenlos ist. Hohe Mieten, lange Wege und schlechte Anbindung dürfen keine Hürde sein. Deshalb müssen Förderungen wie BAföG und Wohngeld konsequent auch für Auszubildende geöffnet werden.

Mentale Gesundheit ist eine Grundvoraussetzung für Bildung, Teilhabe und Zukunft. Kinder und Jugendliche wachsen in einer Zeit großer Unsicherheiten auf – von Klimakrise über Leistungsdruck bis zu sozialer Isolation. Die psychische Gesundheit junger Menschen steckt in einer tiefen Krise: 40 Prozent der Schülerinnen fühlen sich regelmäßig gestresst, jeder Dritte ist psychisch belastet. Wir fordern eine bundesweite Offensive für mentale Gesundheit in Bildungseinrichtungen. Schulen, Berufsschulen und Hochschulen müssen Orte der Stabilität und Unterstützung sein. Dazu gehören flächendeckende Schulsozialarbeit, psychologische Beratungsstellen und Fortbildungen für Lehrkräfte im Umgang mit psychisch belasteten Schüler*innen. Krankenkassen sollen Präventionsmittel gezielt an Schulen geben, damit Hilfe schnell und unbürokratisch ankommt. Außerdem müssen mehr Therapieplätze geschaffen und digitale Angebote ausgebaut werden, um lange Wartezeiten zu verkürzen. Mentale Gesundheit darf kein Luxus sein – sie ist eine politische Pflichtaufgabe. Junge Menschen müssen das Bildungssystem stark, selbstbewusst und gesund verlassen können.

Erst Wohnung, dann Welt retten

Junge Menschen dürfen beim Start in ein unabhängiges Leben nicht an explodierenden Mieten und mangelnder Mobilität scheitern. Gerade in Universitätsstädten und Ballungsräumen sind hohe Wohnkosten zu einer massiven Hürde geworden. Eine gute Wohnpolitik stärkt junge Menschen, damit sie ausziehen können, wann sie wollen und früher unabhängig von ihren Eltern werden. Bei der Schaffung von Wohnraum müssen besonders junge Menschen, Studierende und Auszubildende in den Fokus gerückt werden. Bund und Länder müssen verstärkt in bezahlbaren Wohnraum für junge Menschen investieren, etwa durch den Ausbau von Studierenden- und Azubi-Wohnheimen. Mittel für die Wohnbedürfnisse junger Menschen dürfen nicht zweckentfremdet werden. Gleichzeitig wollen wir das Wohngeld an die Bedürfnisse junger Menschen anpassen, damit niemand aus

finanziellen Gründen in unsicheren Verhältnissen leben muss. Egal ob WG, Wohnheimzimmer oder erste Wohnung - junges Wohnen ist vielfältig und wir wollen diese Vielfalt stärken. Eine sozial gerechte Mieter*innenpolitik ist auch Jugendpolitik, denn gerade für junge Studierende und Azubis ist die Miete der größte Ausgabenposten und wird schnell zur Belastung.

Mobilität ist gerade für junge Menschen der Schlüssel zur Teilhabe, sei es der Weg zur Ausbildungsstelle, zur Uni oder zu Freund*innen. Wir wollen eine nachhaltige und bezahlbare Mobilität für die Jugend sicherstellen: Aufbauend auf dem Erfolg des Deutschlandtickets setzen wir uns für vergünstigte Jugendtickets ein. Es braucht ein bundesweites Deutschlandsemesterticket entkoppelt vom Preis des regulären Deutschlandtickets für Schüler*innen, Studierende, Azubis und Freiwilligendienstleistende, um bezahlbare Mobilität überall in Deutschland zu garantieren.

Niemand soll gezwungen sein, aus seiner Heimat wegzuziehen, nur weil Bus und Bahn nicht fahren. Darum fordern wir eine Mobilitätsgarantie in der Fläche: regelmäßige Bus- oder Rufbus-Angebote auch auf dem Land, sowie den Ausbau von Nacht- und Taktverkehren, damit gerade junge Menschen in ländlichen Regionen mobil bleiben können.

Jugendkultur: Vielfalt feiern, Eintritt senken

Wenn junge Menschen nach Schule, Ausbildung oder Studium nach Hause kommen, wünschen sie sich Freizeitangebote und kulturelle Erlebnisse. Doch diese werden immer teurer und gerade im ländlichen Raum nimmt das Angebot stetig ab.

Der Kulturpass war ein wichtiger Schritt, um jungen Erwachsenen kulturelle Teilhabe zu ermöglichen und finanzielle Hürden abzubauen. Seine Abschaffung trifft besonders die, die Unterstützung am dringendsten brauchen: junge Menschen aus einkommensschwachen Familien. Wir fordern daher seine Wiedereinführung.

Kultur ist kein nice to have, sondern ein must have. Sie ist Ausdruck von Demokratie, ermöglicht Meinungsbildung und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Kulturelle Teilhabe ist Voraussetzung für eine lebendige, pluralistische Gesellschaft und muss allen offenstehen.

Neben finanzieller Unterstützung braucht es Räume, in denen Jugendliche sich ungezwungen treffen können, ohne Geld auszugeben. Solche Orte fördern Begegnung, Kreativität und verhindern Ausgrenzung. Gleichzeitig müssen kulturelle Einrichtungen, egal ob in Stadt oder Land, langfristig gesichert werden. Ihr Wegfall schränkt die freie Entfaltung junger Menschen ein und nimmt ihnen wichtige Möglichkeiten zur persönlichen Entwicklung.

Gerade in einer Zeit von Leistungsdruck und Unsicherheiten sind Kultur, Sportvereine und Begegnungsstätten entscheidend, um Gemeinschaft und Selbstwirksamkeit zu erleben. Kulturelle Teilhabe bedeutet, Demokratie und Zusammenhalt praktisch zu erfahren – ob im Fußballverein, im Schülertheater oder im Jugendzentrum. Dafür braucht es langfristige Förderzusagen von Bund und Ländern für innovative, niedrigschwellige Projekte – vom inklusiven Theater bis zur selbstorganisierten Disco in der Dorfscheune.

Jugend muss mit am Tisch sitzen

Jugendliche haben das Recht, gehört zu werden. Es ist unsere Pflicht, Strukturen zu schaffen, die sie nachhaltig einbeziehen und ernst nehmen. Viel zu oft wird über Jugendliche entschieden, statt mit ihnen. Das gilt für politische Fragen wie Corona, Wehrpflicht oder Rente ebenso wie für Stadtplanung und Bildung. Echte Beteiligung darf kein Ausnahmefall sein, sondern muss auf allen Ebenen selbstverständlich werden.

Wir fordern verbindliche Jugendbeteiligung in Politik und Verwaltung. Jugendbeiräte sollen sicherstellen, dass junge Menschen frühzeitig in Entscheidungen eingebunden werden. Dabei ist wichtig, dass sie die Vielfalt der Jugend abbilden, ob Schüler*innen, Auszubildende oder Studierende, ob aus Stadt oder Land. Ergänzend braucht es einen bundesweiten Jugendcheck bei Gesetzesinitiativen, damit die Auswirkungen auf junge Menschen von Anfang an mitgedacht werden.

Auch in Bürgerversammlungen und Beteiligungsformaten müssen Jugendliche aktiv einbezogen werden. Ihre Mitwirkung darf nicht symbolisch bleiben, sondern muss finanziell und organisatorisch unterstützt werden.

Jugendbeteiligung ist kein Selbstzweck, sondern eine Investition in unsere Demokratie. Wer früh erlebt, dass die eigene Stimme zählt, entwickelt Vertrauen, Selbstwirksamkeit und demokratisches Bewusstsein und ist weniger anfällig für autoritäre Strömungen. Deshalb müssen Schulen, Jugendverbände und Kommunen Beteiligung fest verankern und Lehrkräfte so ausbilden, dass sie jungen Menschen auf Augenhöhe begegnen. In Ostdeutschland sind demokratische Strukturen historisch anders gewachsen; das Vetrauen in Parteien geringer. Umso wichtiger ist es, junge Menschen gezielt einzubinden und ihre Beteiligung zu fördern. Nur wer Demokratie praktisch erfährt, kann Vertrauen in Institutionen, Parteien und politische Prozesse entwickeln.

Programme wie Demokratie leben! müssen langfristig gefördert und ausgebaut werden, um Jugendlichen echte Beteiligung zu ermöglichen und sie dauerhaft für demokratische Werte zu gewinnen.

Soziale Sicherheit im Rücken und wirtschaftliche Chancen im Blick

Junge Menschen müssen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik konsequent mitgedacht werden! Zu oft wird für kurzfristige Wahlgewinne vor allem an die größte Wählergruppe gedacht, die Generation der Baby Boomer. Aber für ein gutes gesellschaftliches Miteinander braucht es eine Politik, die auf die besonderen Belange aller Generationen eingeht und ihre Interessen in ein Gleichgewicht bringt. Der Generationenvertrag ist durch wiederholtes kurzfristiges Handeln in die Kritik geraten und immer mehr junge Menschen haben das Gefühl, dass nicht für sie Politik gemacht wird.

Junge Menschen brauchen soziale Absicherung. Jedes fünfte Kind in Deutschland ist von Armut bedroht. Es muss uns ein Anliegen sein, eine echte Kindergrundsicherung zu schaffen, die diesen Kindern ein Aufwachsen in Würde und Sicherheit und gleiche Chancen an Bildung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantiert. Diese Kindergrundsicherung muss so ausgestaltet sein, dass sie

Sozialleistungen bündelt und somit Bürokratie abbaut Die Tatsache, dass es mit den Koalitionspartnern in der letzte Wahlperiode nicht möglich war, diesem Projekt die notwendige Priorität einzuräumen, heißt für uns nicht, dass wir es aus den Augen verlieren - denn wir wissen: nur wenn wir Kinderarmut endlich nachhaltig bekämpfen, werden wir Chancengerechtigkeit in Deutschland erreichen können.

Junge Menschen brauchen Chancen. Junge Menschen sind Newcomer, sei es auf dem Arbeitsmarkt oder dem Mietmarkt. Zu oft ist es zu schwer, den ersten Job zu finden. Wirtschaftspolitik ist Jugendpolitik. Denn junge Menschen profitieren überproportional von einer wachsenden Wirtschaft, die neue Arbeitsplätze für junge Menschen schafft.

Junge Menschen sind für wirtschaftliche Krisen anfälliger, weil sie noch nicht die Chance hatten, vorzusorgen. denn junge Menschen müssen Vermögen erst aufbauen. Aber der Weg zum Vermögensaufbau ist für die heutige Jugend schwerer als vor 30 Jahren. Dennoch wollen junge Menschen sparen und investieren und brauchen dafür Anreize und Unterstützung. Immer mehr junge Leute sind an Depots und Investment interessiert. Wir müssen die Kapitalertragsteuer progressiv reformieren und den Freibetrag erhöhen, damit Kleinanleger*innen nicht von Maßnahmen getroffen werden, die für Großinvestor*innen gedacht sind. Wir müssen die Finanzbildung stärken, damit neue Sparer*innen Finanzprodukte gut einschätzen können und keinen Betrüger*innen aufsitzen. Zudem müssen wir insbesondere den Anteil der Frauen, die investieren, erhöhen. Wirtschafts- und Finanzbildung darf nicht das Privileg derer sein, deren Eltern schon investieren.

Viele junge Menschen wünschen sich später ein Eigenheim, doch dieser Traum scheint für die meisten von ihnen unerreichbar. Doch eine eigene Wohnung oder ein eigenes Haus ist für junge Menschen ein Versprechen auf Absicherung oder der erste Baustein für eine eigene Familie. Wir wollen die Grunderwerbssteuer beim ersten selbst bewohntem Wohneigentum für junge Familien streichen

Generationengerechtigkeit bedeutet, das Gleichgewicht der Generationen im Blick zu behalten. Junge Menschen sorgen sich zunehmend um die Zukunftsfestigkeit der Rentenversicherung. Dabei geht es ihnen nicht darum, die Rente zu zerschlagen, sondern um die Belastbarkeit der Rentenversicherung, wenn immer mehr Renter*innen auf immer weniger Einzahler*innen kommen. Hierfür braucht es Reformen, um das System nachhaltiger zu machen und somit langfristig zu sichern. Es kann nicht sein, dass durch Maßnahmen wie die Mütterrente oder die abschlagsfreie “Rente mit 63” die Sicherheit der Rente zukünftiger Generationen gefährdet wird.

Generation “Verantwortung”

Wir sind bereit, der jungen Generation etwas zuzumuten - dafür muss sie sich aber auf den Staat verlassen können. Wir Bündnisgrüne stehen für einen neuen Generationenvertrag, der weit mehr umfasst als nur die Rente und den Klimaschutz. Der Staat muss die soziale Absicherung gewährleisten, eine funktionierende Infrastruktur bereitstellen und bezahlbares Leben ermöglichen, Ausfstiegschancen garantieren, eine aktive, pluralistische Demokratie fördern - dafür sind junge Menschen auch bereit, ihren Teil zur Gesellschaft beizutragen.

Im Gegensatz zu den Vorurteilen über eine faule Generation hat die Gen Z schon oft gezeigt, dass sie Verantwortung übernimmt. Während der Pandemie haben junge Menschen auf ihren Präsenzunterricht und ihre Hobbys weitgehend verzichtet, um ältere Menschen und Risikogruppen zu schützen. Junge Menschen ergreifen Partei und gehen für ihre Anliegen auf die Straße. Politik muss das würdigen und anerkennen. Junge Menschen müssen nicht beweisen, dass sie bereit sind, der Gesellschaft etwas zurückzugeben. Der Staat muss die soziale Absicherung gewährleisten, eine funktionierende Infrastruktur bereitstellen, Ausfstiegschancen garantieren und eine aktive, pluralistische Demokratie fördern - dafür sind junge Menschen auch bereit, ihren Teil zur Gesellschaft beizutragen. Der Staat muss die freie Entfaltung jedes Einzelnen schützen und ein sicheres Aufwachsen junger Menschen gewährleisten. Verfassungsfeindlichen Bestrebungen und jeder Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit muss er entschieden entgegentreten. Parteien und Politiker*innen dürfen nicht aus Wahlkalkül die Interessen einer Generation über die der anderen stellen und müssen für ein Gleichgewicht der Lasten einsetzen. Für dieses Gleichgewicht setzt sich BÜNDNIS 90/Die Grünen ein.

weitere Antragsteller*innen

Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Lukas Mosler (KV Bautzen); Maike Hipp (KV Tübingen); Lucas Pöllinger (KV Schwandorf); Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Miriam Bergmann (KV Aschaffenburg-Land); Frieda Fiedler (KV Heidelberg); Constantin Meyer zu Allendorf (KV Leipzig); Jona Gärtner (KV Aschaffenburg-Land); Niklas Wagener (KV Aschaffenburg-Stadt); Chantal Kopf (KV Freiburg); Jeanne Dillschneider (KV Saarbrücken); Dennis Helmich (KV Halle); Benjamin Dick (KV Aachen); Liliana Dornheckter (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); André Höftmann (KV Fürth-Land); Elias Enderlein (KV Rhein-Erft-Kreis); Carl Witthauer (KV Berlin-Reinickendorf); Fabian Töpper (KV Lippe); sowie 133 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.